

Frankfurt, den 16. März 2009



Resolution des Beirats der IG Metall zum NPD-Parteitag

Ende März 2009 will die NPD ihren Bundesparteitag abhalten. Der Parteitag soll als Start in das Superwahljahr 2009 dienen. Aktuell liegen in sechs Städten Veranstaltungsanfragen vor: in Berlin, Erfurt, Zwickau, Gera, Erlangen und Verl. Gegen die Absage, die die Stadt Erfurt erteilt hat, geht die NPD zurzeit juristisch vor. In Thüringen hegt die NPD besonders große Hoffnungen, neben Sachsen in einen weiteren Landtag einzuziehen.

Wir fordern

- alle Städte auf, dem Beispiel der Stadt Erfurt zu folgen und der NPD keine Räume für ihren Parteitag zu gewähren;
- unsere Mitglieder auf, die lokalen Bündnisse, die z.B. von IG Metall-Bevollmächtigten, Verwaltungsstellen und der IG Metall Jugend getragen werden, zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Thüringer Bündnis „Alles muss man selber machen. NPD Parteitag verhindern! Egal wo.“ zu nennen;
- die Landesregierungen auf der Bundesregierung ihre Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Aktivitäten der NPD und ihrer Unterstützungsvereine zu übermitteln;
- die Bundesregierung auf, die Vorbereitungen für einen erneuten NPD Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu verstärken.

Begründungen

- Die Politik der NPD ist rassistisch, nationalistisch und antisemitisch.
- Die NPD ist verfassungsfeindlich und will die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland abschaffen.
- Die Partei ist mit den Schlägertruppen der „Kameradschaften“ im Bunde. Sie unterstützen sich gegenseitig. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten ist nach den vorläufigen Angaben des Bundesinnenministeriums in 2008 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 %, der rechtsextremistischen Gewalttaten um ca. 15 % angestiegen.
- Die NPD lebt von den Geldern des Staates, den sie eigentlich bekämpft. Zwischen 2004 und 2007 hat die NPD 4,7 Millionen Euro an staatlicher Finanzierung bekommen. Das sind 45% ihrer gesamten Einnahmen. Zusätzlich lässt sie sich ihre Abgeordneten in Kommunal- und Landesparlamenten, ihre Büros und Mitarbeiter bezahlen.

Die IG Metall setzt sich mit allen Mitteln dafür ein, dass der Einzug der NPD in weitere Parlamente auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europa-Ebene verhindert wird.

Darüber hinaus ist die IG Metall davon überzeugt, dass das Verbot rechtsextremer Organisationen ein unverzichtbarer Bestandteil einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Dazu gehört das längst überfällige Verbot der NPD und ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen.

In diesem Zusammenhang schließt sich die IG Metall den Forderungen einer Reihe von Staaten des UN-Menschenrechtsrates vom 2. Februar 2009 an. Sie fordern Deutschland auf, ein besseres Integrationskonzept zu entwickeln und mehr Anstrengungen im Kampf gegen fremdenfeindliche Gewalt voranzutreiben.